



1. Mai 1981

Keine Atomraketen in unser Land Wir wollen in Frieden arbeiten

Der 1. Mai ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein Tag, an dem weltweit für die Forderungen der arbeitenden Menschen nach Frieden und Abrüstung demonstriert wird.

Der diesjährige 1. Mai fällt in Tage und Wochen großer Auseinandersetzungen in unserem Land: Noch mehr Atomraketen in die Bundesrepublik? Noch näher ran an den Rand eines atomaren Krieges? Unser Land – eine Raketenabschußrampe, eine Zielscheibe für atomare Gegenschläge?

Oder: Die Vorschläge aus dem Osten prüfen, darüber reden, Ergebnisse erzielen und unser Land und den Frieden sicherer machen?

Die Gefahren sind wirklich groß. Wenn neue und noch gefährlichere Atomwaffen in unser Land kommen, dann heißt das: Das Wettrüsten geht weiter. Und wir leben im Zentrum dieses Wettrüstens. Wir sind gefragt! Wir müssen unseren Beitrag leisten! Wir müssen Ja sagen zum Frieden und Nein zu weiteren Atomraketen vor unserer Haustür!

Die bedenkenlose Forcierung einer Politik der Konfrontation und der atomaren Hochrüstung durch die Reagan-Regierung in den USA, lassen die Gefahr eines alles vernichtenden atomaren Krieges in greifbare Nähe rücken. Auch in der Bundesregierung und den Bonner Parteien bestimmen Kräfte, die sich dieser Politik unter Mißachtung der nationalen Interessen bedingungslos unterordnen.

Rüsten, rüsten und rüsten – das kostet jetzt schon Milliarden. Das kostet – allein der „Tornado“ beweist es – immer mehr Geld. Minister Apel will noch

mehr Milliarden. Rotstiftpolitik – das ist das Ergebnis der Rüstung. Rotstift bei den sozialen Ausgaben, bei der Bildung, bei der Gesundheit, beim Wohnungsbau. Rotstift – bis in die kleinste Gemeinde. Rotstift – die Milliarden für die Rüstung fressen uns auf, verschlechtern unser Leben, verbauen unsere Zukunft und die unserer Kinder. Die 1. Mai-Demonstrationen für Frieden und Abrüstung sind gleichzeitig Demonstrationen für die Verteidigung unseres sozialen Besitzstandes, für den sozialen Fortschritt.

Am 1. Mai setzen wir uns ein

- für eine Politik des Friedens und der Entspannung – gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in unserem Land!
- für staatliche Konjunkturprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen statt wachsender Rüstungsausgaben!
- für die Stärkung der Massenkaufkraft durch Erhöhung der Realeinkommen – gegen Lohnabbau!
- für das Grundrecht auf menschenwürdiges Wohnen, gegen Bodenspekulationen und Mietwucher!
- gegen die Berufsnot der Jugend, für ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz!
- für Solidarität mit den verfolgten Gewerkschaftern in der Türkei und mit dem kämpfenden Volk von El Salvador!

- gegen Waffenexporte in das faschistische Chile und das reaktionäre Saudi-Arabien!

Besuchen wir in diesem Sinne die 1. Mai-Kundgebung des DGB-Ortskartells im Bürgerhaus Mörfelden.

Nur fünf Meter bis zur Katastrophe?

Auf ihrer ersten Sitzung nach der Wahl befaßte sich die neugewählte DKP-Fraktion auch mit dem Brand, der im US-amerikanischen Munitionsdepot im Oberwald ausgebrochen war. Dort eingesetzte Feuerwehrleute hatten berichtet, daß das Feuer bis zu fünf Meter an eine Baracke herangekommen war, in der wegen Bunker-Umbauarbeiten Sprengköpfe und Munition gelagert waren.

Im Gegensatz zu den verharmlosenden Presseerklärungen der Amerikaner war für die Bevölkerung, vor allem aber für die eingesetzte Feuerwehr, akute Gefahr entstanden. Von Feuerwehrleuten aus Langen war außerdem kritisiert worden, daß die US-Feuerwehr selbst erst nach langer Verzögerung am Brandherd eintraf. Die DKP fordert erneut die Beseitigung dieses Depots, in dem sich ABC-Waffen befinden sollen, und die Auflösung der US-Air-Base, die im unmittelbaren Zusammenhang zu nennen ist.

Die DKP erhofft, daß sich nach der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung auch parlamentarischer Druck entwickelt.

Wahlergebnis respektieren !

Die DKP erhielt bei den Kommunalwahlen in Mörfelden-Walldorf 8,4 Prozent der Stimmen. Im Stadtteil Mörfelden 13,8 Prozent und im Stadtteil Walldorf 3,8 Prozent.

Die besten Stimmergebnisse erzielte die DKP in Mörfelden, wo sie in einigen Stimmbezirken 18 bis 20 Prozent erhielt.

Insgesamt stimmten 1.202 Wählerinnen und Wähler für die DKP. Damit ist im Stadtparlament die DKP mit 4 Abgeordneten vertreten. Wenn es demokratisch zugeht, wird sich die DKP künftig auch im Magistrat unserer Stadt aktiv für die arbeitenden Menschen einsetzen können.

Denn sowohl die SPD als auch die „Grüne Bürgerliste“ haben angesichts des Wahlausgangs Vorschläge zur Besetzung der ehrenamtlichen Magistratssitze vorgelegt, die es der DKP ermöglichen würden, einen Vertreter in dieses Gremium zu entsenden.

Die CDU schlägt dagegen vor, den Magistrat rigoros zu verkleinern, um die DKP herauszuhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung am 28. April 1981 wird in großer Verantwortung über diese Vorschläge zu befinden haben.

Daß bei solchen Entscheidungen in unserem Land zuweilen der Wählerwillen bis zum Letzten verbogen wird, zeigt das Beispiel Marburg.

Dort haben dieser Tage SPD und CDU gemeinsam den Magistrat auf 4 Mitglieder zusammengestrichen, um zu verhindern, daß die DKP, die dort 5 Sitze hat, in dieses Gremium kommt.

Man muß sich fragen, was solche „Demokraten“ in einer Stadtregierung eigentlich vor dem Volk zu verbergen haben? In unserer Stadt gab es bei allen grundsätzlichen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, in vielen Fragen der örtlichen Kommunalpolitik gemeinsame Auffassungen bei allen Parteien.

Über die Stadtgrenzen bekannt wurde die Parteienaktionsgemeinschaft gegen die Startbahn West, der gemeinsame Hungerstreik im Rathaus, die gemeinsamen Kundgebungen und Demonstrationen.

Wie es aussieht, hat aber jetzt für die CDU der Landtagswahlkampf bereits begonnen, es scheint sich der harte Dregger-Jung-Kurs durchzusetzen. Man darf gespannt sein, ob sich die CDU in der Magistratsfrage durchsetzen kann — ob in Mörfelden-Walldorf „Marburger Zustände“ möglich sind.

Proteste gegen Wahlberichterstattung

Die Wahlberichterstattung des HR ärgerte viele Leute. So wurden uns viele Briefe, Telefonate und Telegramme bekannt, mit denen Bürger dagegen protestierten, daß man bei dem Bericht aus dem Rathaus Walldorf den DKP-Sprecher nicht zu Wort kommen ließ. In einem Brief von Dr. Dr. Joachim Kahl aus Marburg an den Intendanten heißt es u.a.:

„Sehr geehrter Herr Intendant, hiermit möchte ich bei Ihnen entschieden gegen beschämende Vorkommnisse bei der Wahlberichterstattung Ihres Hauses protestieren. Ich meine das gezielte Ausblenden und Verschweigen von Wahlerfolgen der DKP. Besonders empörend war der Filmbericht aus Mörfelden-Walldorf. Zunächst war Barbara Dickmann mit allen vier Spitzenkandidaten der SPD, der CDU, der Grünen und der DKP im Bild zu sehen. Dann aber interviewte sie völlig willkürlich nur die ersten drei Vertreter. Wie ein Aussätziger blieb der DKP-Politiker ausgespart. Gegen diese unseriöse und manipulative Berichterstattung lege ich meinen ent-

schiedenen Protest ein. Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist der HR zu einer wahrheitsgemäßen, umfassenden und unparteiisch-objektiven Berichterstattung gesetzlich verpflichtet.

Ich möchte ausdrücklich vermerken, daß die Art der Berichterstattung aus Mörfelden-Walldorf kein isolierter Einzelfall war, wie mir aus meinem Bekanntenkreis bestätigt wurde. Präzise gefragt: Wann und wo wurde den Empfängern des HR mitgeteilt, daß die DKP die Zahl ihrer Abgeordneten von 24 auf 30 erhöhen konnte und nun in neun hessischen Gemeindeparlamenten vertreten ist?

Thomas Mann nannte den Antikommunismus die „Grundtorheit unserer Epoche“. Ist Ihnen, sehr geehrter Herr Intendant, bekannt, daß die hessische Landesverfassung, zu deren Beachtung auch der Hessische Rundfunk verpflichtet ist, die Unterschrift auch eines Kommunisten, des damaligen Arbeitsministers Oskar Müller, trägt? Die Kommunisten gehören in Hessen zu den verfassungstragenden Parteien. Ich bitte Sie daher höflich, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß der Hessische Rundfunk zu einer demokratisch-ausgewogenen Berichterstattung zurückkehrt.“

Viel mehr Lärm

Der Walldorfer Flugkapitän, Hans-Jürgen Lebuser belegt mit einer exakt ausgearbeiteten Stellungnahme die Zunahme des Fluglärms, wenn es zum Bau der Startbahn West käme. Für Mörfelden-Walldorf ergäbe sich nach der Berechnung H.-J. Lebusers eine Vervierfachung der Vorbeiflüge. Allein dies führe zu einer Anhebung des Lärmpegels um mindestens zehn Dezibel. Dazu komme aber noch eine Entfernung, die aufgrund des um etwa sechs Kilometer kürzeren Abflugweges um 300 bis 700 Meter verringerte Höhe und die Tatsache, daß die Maschinen wegen der geringeren Höhe noch mit vollem Startschub geflogen werden müßten. Heute seien sie schon auf Steigleistung reduziert. Das bedeute allein eine Differenz von sechs bis acht Dezibel. Mit einer Erhöhung des Einzelschallpegels um mindestens fünf Dezibel und des Gesamtpegels um 15 dB müsse zweifellos gerechnet werden. „Dies entspricht einer Verdreifachung bis Vervierfachung des Lärms.“

Diese neuen Erkenntnisse sollten auch den letzten Bürger in unserer Stadt wachrütteln. Vor allem die Menschen, die in den westlichen Stadtteilen von Mörfelden und Walldorf wohnen, wären hart betroffen.

*
* **Einladung zur**
* **Gerichtsverhandlung**
*
*
* **Rudi Hechler, der am 8. August**
* **1980 an die Flughafenmauer**
* **scrieb: „Ich bin gegen die Start-**
* **bahn West!“ muß sich deswegen**
* **vor der politischen Abteilung**
* **des Frankfurter Amtsgerichtes**
* **verantworten.**
* **Die Hauptverhandlung findet**
* **am 4. Mai 1981 um 11 Uhr im**
* **Gerichtsgebäude A, statt. Alle**
* **engagierten Startbahn-West-Geg-**
* **ner sind zur Verhandlung ein-**
* **geladen.**
*
*

Wann endlich wird der Kinderhort gebaut?

Vor zwei Jahren war es endlich so weit, daß die Stadt Mörfelden-Walldorf einen Kinderhort einrichtete. Lange Diskussionen gingen dem voraus. Der Antrag kam von der DKP-Fraktion (das war damals an sich schon ein Ablehnungsgrund), dann wurde die Notwendigkeit bestritten. Es sei nicht sinnvoll, die Erziehung von der Familie weg zu unterstützen. „Die Mutter gehört zum Kind“. So und ähnlich waren die Gegenargumente. Erst wollte man den Magistrat prüfen lassen, wollte den Bedarf ermitteln. Mit Hilfe außerparlamentarischer Aktionen: Unterschriftensammlung, die Bildung einer Bürgerinitiative, wurde dem Anliegen Nachdruck verliehen. Der Erfolg bestand in einer Übergangslösung. Ein Privathaus in der Nähe der Grundschule von Mörfelden wurde seitens der Stadt angemietet.

Der Rechenschaftsbericht, den die Leitung des Hortes und das Sozialamt nach einem Jahr des Bestehens vorlegte, befriedigte die Befürworter und Initiatoren dieses Projektes. Die Einrichtung hat sich bewährt, sie ist notwendig, die Nachfrage ist größer als die Aufnahmekapazität. Für das neue Wohngebiet „Steinweg Nord“ konzipierte man einen Kindergarten mit Kinderhort. Die Anträge auf Zuschußbewilligung wurden beim Land Hessen gestellt. Alles schien recht schnell zu gehen, zumal genaue Baupläne nebst Unterlagen kurzfristig angefordert wurden. Etwa 1 1/2 Jahre sind seitdem ins Land gegangen. Seitens der Stadt wird gesagt, daß der Baubeginn „bald“ erfolge, doch eine Zusa-

ge des Landes wegen der Zuschüsse ist noch nicht in Sicht. So hofft man von einer Woche zur anderen, derweil die Baupreise und die Nachfrage nach Kindergarten- und Hortplätzen steigen.

Man weiß, daß die Finanzsituation auch des Landes mehr als angespannt ist. (Aus diesem Grund ist auch der neuerliche Entwurf eines Kindergartengesetzes, der eine Teilübernahme der Personalkosten durch das Land vorsah, abgelehnt worden.) Deshalb werden dringend benötigte Sozialeinrichtungen auf die lange Bank geschoben.

Angesichts der vielen Ämter und Ministerien, die in Wiesbaden mit diesem Zuschußantrag befaßt sind, könnte man bald zu dem Schluß kommen, daß dies ein Jahrhundertwerk geben soll. Aber Spaß beiseite – es wird höchste Zeit, daß mit dem Bau begonnen wird. Oder sollen erst wieder einmal die Betroffenen der Obrigkeit Dampf machen?

Dankeschön!

Die Kommunalwahl liegt nun schon eine Weile hinter uns. Viele Bürger atmen auf. Kurz vor den Wahlen waren plötzlich alle Parteien aktiv; man drängte sich an den Informationsständen, die Briefkästen quollen über. Jetzt ist es wieder nur noch die DKP, die sich samstags auf Straßen und Plätzen dem Gespräch der Bürger stellt und Anregungen für die Kommunalarbeit entgegennimmt. Und es ist im wesentlichen auch nur der „blickpunkt“, der weiter monatlich erscheinen wird und die Bevölkerung über das Parlamentsgeschehen informiert. Wir bedanken uns bei allen unseren Wählern und versichern, wir werden aktiv im Interesse der arbeitenden Menschen weiterarbeiten. DKP-Mörfelden-Walldorf

Instandbesetzungen – Aktionen von Krawallmachern?

Eine Welle von Haus- und Instandbesetzungen geht in diesen Wochen über unser Land.

In vielen Presseorganen wird darüber berichtet, als wären alle diese Aktionen von berufsmäßigen Krawallmachern initiiert.

Mit solchen Berichten will man den eigentlichen Skandal, die Wohnungsnot, vertuschen.

In der Bundesrepublik fehlen nach Angaben des Deutschen Mieterbundes über 1 Million Wohnungen, gleichzeitig stehen viele Wohnungen leer, wird mit Wohnraum gewuchert.

In Hessen suchen gegenwärtig nach offiziellen Angaben mehr als 62.000 Menschen eine Wohnung. Vor allem junge Arbeiterfamilien suchen vergebens nach einer Wohnung, die sie bezahlen können. Zahlreiche Auszubildende und Studierende verfügen nicht einmal über ein Zimmer, in dem sie menschenwürdig leben und sich auf Beruf und Studium vorbereiten können. Vor allem ausländische Kolleginnen und Kollegen werden auf dem Wohnungsmarkt ausgebeutet.

Auch in unserer Stadt gibt es über 300 Wohnungssuchende, über 50 davon sind

Wohnungsnotstandsfälle, manche haben nur neun Quadratmeter Wohnfläche und weniger zur Verfügung.

Vor allem sind es auch in unserer Stadt immer wieder junge Ehepaare, die preisgünstige Wohnungen suchen. Sie können keine 600 oder 700 DM für die Miete aufbringen.

Wie man sieht, haben die Proteste einen realen Hintergrund.

EINLADUNG

Der DKP-Frauenarbeitskreis trifft sich 14tägig um 20 Uhr im ev. Gemeindezentrum.

Als nächste Themen stehen auf dem Programm:

22. April:

**Bonner Frauenpolitik
(Wie stehen die Parteien zur Frauenfrage?)**

6. Mai:

**Filmabend:
Frau in Familie und Beruf**

Alle Frauen und Mädchen sind herzlich eingeladen.

Entschuldigung!

„Oktobertage“, das dritte vom „blickpunkt“ herausgebrachte Buch, scheint ein Renner zu werden.

Nach den Erfahrungen mit „Die Stadtfarbe ist rot“ und „Merfelder Gebabbel“, kann man dies so einschätzen. Leider hat sich aber auch hier ein Fehler eingeschlichen. In der Anzeige der Fa. Anton Hörner, wurden falsche Telefon-Nummern abgedruckt. Die richtigen Anschlüsse lauten: 3029, 3020. Wir bitten um Nachsicht!

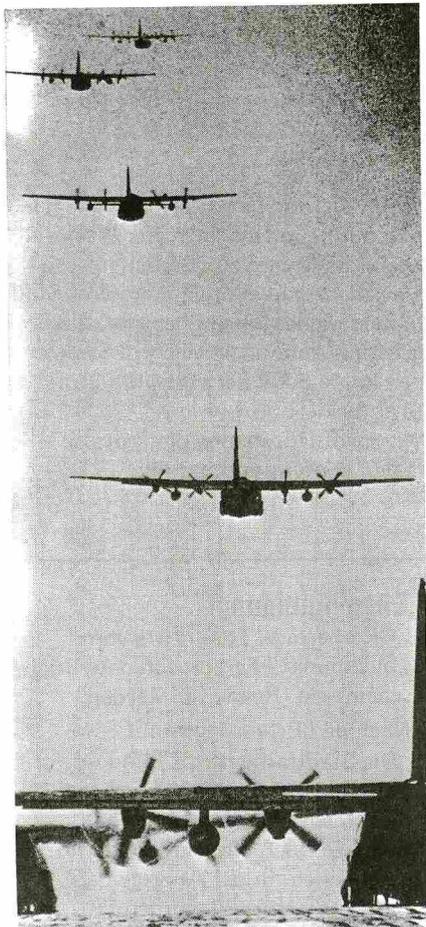
Die US-Air-Base ist keine „heilige Kuh“!

In diesem Jahr wird der Kampf gegen die Startbahn/West dramatische Höhepunkte entgegengehen.

Die Bürgerbewegung im Umland des Frankfurter Flughafens, steht nach wie vor einmütig gegen dieses geplante große Umweltverbrechen.

Es gibt viele neue Argumente, die gegen die Startbahn/West sprechen. Dazu gehört auch die US-Air-Base, ein 363 Hektar umfassendes Areal auf dem Flughafen, das seit 1945 von den Amerikanern beschlagnahmt ist.

Hier liegt eine andere Welt – „Klein-Amerika“, wie die Presse schreibt. Die Air-Base ist direkt dem Militärischen Lufttransportkommando MAC unterstellt. Rund 10 000 Menschen leben und arbeiten auf dem Stützpunkt zu dem die große US-Wohnsiedlung Gateway Gardens am Frankfurter Kreuz gehört.



Gruppen-Start der C-130 (Hercules) auf Rhein-Main. Solche Militäraktionen belasten zusätzlich den überfüllten Luftraum.

In den, von der FAG herausgegebenen „Flughafen Nachrichten“, wird überschwenglich geschildert, was sich auf der Air-Base abspielt:

„Hier findet man alles. Kinos sind da, ein riesiges Einkaufszentrum mit einem Warenangebot wie im heimatischen Boston oder Kentucky, Schule, Klinik, Sportplätze, Wohnheime und ein florierendes Hotel, von dessen Auslastung die Manager anderer Herbergen nur träumen können.“

Der Stützpunkt im Süden des Frankfurter Flughafengeländes verfügt über ein eigenes Passagierterminal. Jahr für Jahr werden hier rund eine halbe Million Passagiere gezählt.

Täglich landen acht bis zehn riesige Transportmaschinen des Typs C-141 (Starlifter), außerdem im Schnitt zwei bis drei dickbauchige Jets des noch mächtigeren Typs C-5 (Galaxy). Rhein-Main Air Base ist der größte Militär-Frachtflughafen der Amerikaner außerhalb der USA. Sämtliche US-Flughäfen in Europa beziehen den Teil ihres Nachschubs, der per Luftfracht befördert wird, über Frankfurt.

Hausherr auf der Air Base, an deren Spitze Oberst John D. Sims steht, ist das 435. Taktische Lufttransportgeschwader. Seine hier stationierte 37. Taktische Lufttransportstaffel zählt 18 Maschinen des Typs Hercules C-130.“

Trotz der freundlichen FAG-Beschreibung wird deutlich, mit der US-Air-Base ist ein ungeheures Problem herangewachsen.

Als die Galaxy dröhnte, zersprang ein Aquarium

Vor einigen Jahren donnerte eine Galaxy derart über Offenbach, daß beim Malermeister Kurt Weber, im Heusenstammer Weg sämtliche Scheiben seines Aquariums zersprangen.

Immerhin hat diese größte Transportmaschine der Welt einen Lärmteppich der an die Überschall-Concorde heranreicht.

Aber es ist nicht nur der Lärm, der die Menschen beunruhigt.

Rudolf Braunburg, 20 Jahre Luft-

hansa-Kapitän, schreibt am 23. Januar 1981 in der Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“:

„...Rhein-Main müßte das werden, was man von einem solchen Knotenpunkt des Luftverkehrs erwartet: ein reiner Zivilflughafen. In Wirklichkeit ist Rhein-Main zum Teil ein Militärflughafen. Hier landen die Galaxy- und Starlifter-Transporter der amerikanischen Luftwaffe. Das Thema ist tabu. Offensichtlich ist es für die politischen Verantwortlichen bequemer, hunderttausende Bäume fällen zu lassen, als den schwierigen Versuch zu unternehmen, 35 Jahre nach Kriegsende den Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs zu einem echten Zivilflughafen zu machen.“

Wird die Startbahn West auch in den NATO-Stäben gefordert?

Im Mai 1978 beschloß die NATO auf Druck der USA ihr sogenanntes Langzeitprogramm (LTDP). Es ist das Programm, das die NATO-Staaten auf eine jährliche reale (preisbereinigte) Steigerungsrate ihrer Rüstungsausgaben von 3 Prozent festlegt! In diesem LTDP ist unter anderem vorgesehen:

- Der Ausbau der Luftverkehrsleitorgane in den europäischen NATO-Staaten nach militärischen Gesichtspunkten;
- Der Ausbau der Flughafenkapazitäten.

Zur Begründung heißt es im LTDP wörtlich (!): „Der schnelle Transport von Verstärkungen für die Streitkräfte der NATO in Europa ist sowohl der Konzeption als auch dem Maßstab nach ohne Beispiel. Er umfaßt die Verlagerung von mehr als einer Million Menschen und einiger Millionen Tonnen Ausrüstungen und Waffen auf den See- und Luftwegen in maximal kurzer Frist...“

Und wie das alles funktioniert hat man bei dem Manöver „Big Lift“ auch schon ausprobiert, als man 16 000 Mann der 2. Panzerdivision in knapp drei Tagen aus Texas zur Air-Base flog. Die Air-Base hat für die USA den großen strategischen Vorzug, daß die Truppen direkt auf ihre in der Nähe eingelagerten Militärfahrzeuge umsteigen könnten.

Es paßt alles zusammen

In Konfliktfällen denkt man aber nicht nur an Flughäfen. Zum Landen und Starten eignen sich auch passende Autobahnstücke, schnurgerade und genau richtig ist hier die Autobahn

vom Frankfurter Kreuz Richtung Darmstadt. Und hier liegt nur wenige Meter entfernt das US-Bomben-Depot im Langener Oberwald. Man sieht, es paßt alles schön zusammen.

Mehr Sicherheit – ohne die US-Air-Base

Täglich werden auf dem Frankfurter Flughafen im Schnitt 650 Starts und Landungen gezählt. 365 Flugzeuge. Mehr als 50 mal starten und landen amerikanische Militärmaschinen, vorwiegend Transport-Maschinen. Fast 10 Prozent der Flugzeugbewegungen auf Rhein-Main entfallen auf das Militär, vor allem die US-Armee. Und manchmal – in „Krisenzeiten“ – sind es weit mehr. Aber das wird, wie es offiziell heißt, „nicht an die große Glocke gehängt“.

Sicher, bis jetzt konnte man die Amerikaner bewegen, ihren Flugverkehr aus den Spitzenzeiten herauszuhalten. Trotzdem passiert es nach wie vor, daß auch in der „Rush hour“ die „Hercules“ und „Galaxy“ landen und starten. Auf dem Flughafen sagte man uns, „Rhein-Main“ sei fest in die NATO-Logistik eingebaut. So ist es auch. Rhein-Main gehört zu den zentralen europäischen Drehscheiben der US-Armee. Sie mißbraucht den Flughafen, um Waffen und Munition über viele Länder Europas auszustreuen. Rhein-Main, das ist auch amerikanische Nachschubbase für den militärischen Aufmarsch im Nahen und Mittleren Osten.

Rhein-Main, das ist Sprungbrett für den Einsatz amerikanischer „Eingreiftruppen“, die den Auftrag haben, im Krisenfall die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten „freizubomben“.

Für die Bürger, die um den Rhein-Main-Flughafen leben, gibt es darüber hinaus viele neue erschreckende Meldungen. So schreibt der Oberstleutnant der Bundeswehr a. D., Dr. Alfred Mechttersheimer: „Die 112 Cruise Missiles vom Typ General Dynamics, BGM-109 Tomahawk werden auf Flugplätzen in der Bundesrepublik stationiert werden.“

Da muß man doch die Frage stellen – ist damit auch die US-Air-Base gemeint?

Riesige Gewinne für die Rüstungsindustrie

Die Produktion der neuen Marschflugkörper „Cruise Missiles“, der Pershing-II-Raketen, der Neutronenbomben, verschaffen der Rüstungsindustrie

Milliarden-Profiten und bringen uns ungeheure Gefahren.

Wer aber glaubt, die Bonner Regierung würde der amerikanischen Rüstungsmafia ein energisches Halt zurufen, der sieht sich getäuscht.

Im März waren Apel und Genscher in Washington. Am 25. März 1981 konnte man dann in der „Frankfurter Rundschau“ lesen:

„Apel konnte Weinberger darauf hinweisen, daß die Bundesregierung grundsätzlich dem „Host Nation Support Program“ zugestimmt habe. Dieses Programm sieht vor, daß ab 1983 Unterkünfte, Straßen, Flugplätze und andere militärische Einrichtungen zusätzlich in der Bundesrepublik für US-Verstärkungen im Verteidigungsfall zur Verfügung gestellt werden.“

Wer möchte da noch zweifeln an der Tatsache, daß die Startbahn/West nicht nur von den Banken und Konzernen, sondern auch von den NATO-Generälen gefordert wird.

Bezahlen muß der bundesdeutsche Steuerzahler

Für die militärische Nutzung des Rhein-Main-Flughafens zahlen die USA weder Start- noch Landegebühren. Die Kosten tragen die Steuerzahler.

Im Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut werden alle Kosten der US-Air-Base der Bundesrepublik aufgebürdet. Und wenn es zu einer Startbahn/West käme, dann könnte auch hier die US-Air-Force kostenlos starten und landen.

Die US-Air-Base in den Kampf gegen die Startbahn West einbeziehen

Die Forderung „Weg mit der US-Air-Base“ wird immer dringender. Die Air-Base ist keine „Heilige Kuh“! Es ist notwendig, daß sich auch andere politische Kräfte um dieses Problem kümmern.

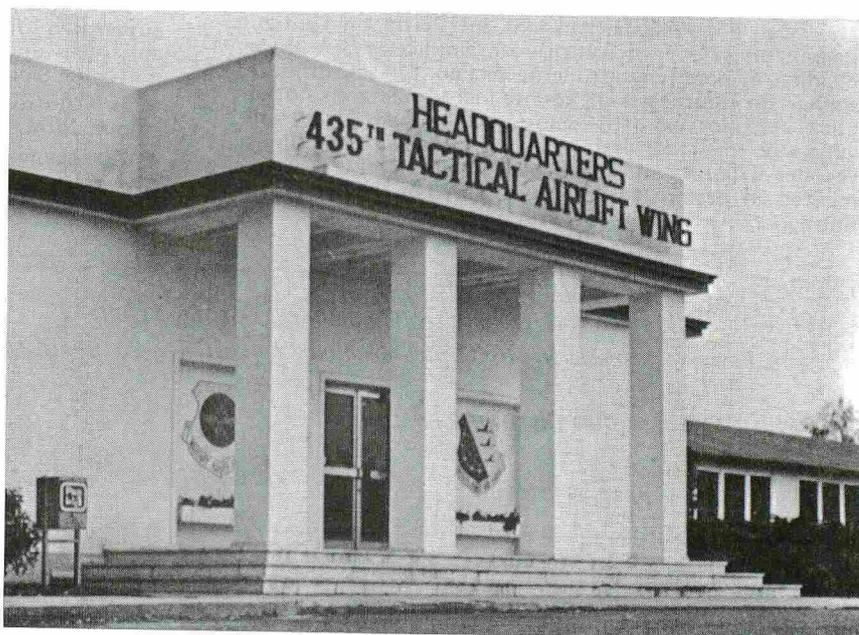
Bei einer Auflösung der Militärbasis auf Rhein-Main

- würde der militärische Flugverkehr entfallen;
- von der Südbahn könnte auch nach Süden abgerollt werden;
- auf dem 363 Hektar-Gelände gäbe es viele neue Möglichkeiten für den zivilen Luftverkehr, ohne daß ein Baum fallen müßte.
- Mit der Auflösung der Air-Base könnte das US-Depot im Oberwald beseitigt werden.
- In Frankfurt und in der Flughafen-Region würden tausende Wohnungen frei, die dringend benötigt werden.

Ein Beitrag für Entspannung und Frieden

Man sieht, es wird Zeit, der Militärbetrieb vom Zivilflughafen abgezogen wird. Dies wäre ein echter Beitrag für den Frieden, auf dem Flughafen gäbe es mehr Platz, der Luftraum würde entlastet und es gäbe weniger Grund, über eine dritte Startbahn überhaupt nachzudenken.

Rudi Hechler



Das Hauptquartier des 435. Taktischen Lufttransportgeschwaders auf der US-Air-Base.

Fotos: Airport News

Abrüstung statt Abschreckung

„Wenn der Friede nicht mit politischen Mitteln zu sichern wäre, würden die vergangenen 10 Jahre der Entspannungspolitik vergeblich gewesen sein“. So hieß es in einem von mehreren tausend Persönlichkeiten unterzeichneten „Aufruf zum Gespräch“. Am 15. und 16. Oktober fand in Krefeld ein erstes Forum statt. Ergebnis: Die Einleitung einer allgemeinen Unterschriftensammlung unter einen Appell an die Bundesregierung, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.“

Unter den Teilnehmern in Krefeld: General a.D. Gert Bastian, Oberst a.D. Josef Weber, Bundestagsabgeordneter Thüsing, Martin Niemöller, Prof. Dr. Helmut Ridder, Gösta von Uexküll, Christoph Strässer, Prof. Karl Bechert, Petra Kelly von den Grünen, Vertreter aus fast allen politischen Parteien. Tenor der Diskussionsbeiträge: Man darf sich durch parteipolitische und weltanschauliche Differenzen in anderen Fragen nicht davon abhalten lassen, gemeinsam gegen die gefährliche „Nachrüstung“ aktiv zu werden.

Mittlerweile wurden unter diesen „Krefelder Appell“ bereits 250.000 Unterschriften gesammelt. In Mörfelden-Walldorf beteiligt sich, neben vielen Bürgern unterschiedlicher politischer Auffassungen, der „blickpunkt“ an dieser Unterschriften-Kampagne. Unterstützen auch Sie diesen Appell für das Leben!

Der Appell im Wortlaut

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschuß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

- eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
- Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
- die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Bitte unterschreiben auch Sie und senden Sie Ihre Unterschrift an:

Ilona Feutner, Schlesierstr. 16, 6082 Mörfelden-Walldorf, Tel. 06105/23452

Ich unterstütze den „Krefelder Appell“

Name:

Anschrift:

Ich möchte mich an der Unterschriftensammlung beteiligen und möchte Unterschriftenlisten.



Ein Brief und eine Antwort

Schüler der Klasse 4 A, B der Bürgermeister-Klingler-Schule schickten an den Fraktionsvorsitzenden der DKP einen Brief. Wegen der interessanten und aktuellen Thematik veröffentlichen wir Brief und Antwort im Wortlaut.

Mörfelden, den 13.3.1981

Sehr geehrter Herr Hechler, wir hätten ein paar Fragen an Sie. Was würden Sie tun für Behinderte, wenn Sie Bürgermeister wären? Würden Sie an Ampeln, Zebrastreifen und Eingängen die Bordsteinkanten für Behinderte tiefer machen lassen, damit sie hinauf und hinunter fahren können? Fast überall werden Behinderte von Treppen aufgehalten.

Würden Sie eine Schule für Behinderte einrichten?

Wir bitten um Antwort.

Es grüßen Sie freundlich
Martina Schulmeyer, Tanja Manderbach, Serena Erff, Christian Comes
i.A. Daniela Sachs, Bodo Teobe

An Martina Schulmeyer, Tanja Manderbach, Serena Erff, Christian Comes, Daniela Sachs, Bodo Teobe

Ich freue mich über Euren Brief. Es ist gut, daß Ihr Euch um dieses ernste Problem kümmert. Auch in unserer Stadt ist tatsächlich noch viel zu tun. Das fängt bei den von Euch geschilderten Zuständen an und hört beim Ärztehaus oder Bürgerhaus auf, wo Behinderte es schwer haben, mit dem Rollstuhl diese Einrichtungen zu benutzen. Beim Bürgerhaus haben wir in den vergangenen Jahren schon durch Anträge in der Stadtverordneten-Versammlung versucht, Verbesserungen zu erreichen. Immer aber heißt es, es fehlt an Geld. Aber allein für ein Tornado-Flugzeug werden 80 Millionen DM verpulvert. Eure Vorschläge werden wir demnächst im Stadtparlament in die Diskussion bringen. Das könnt Ihr nachprüfen. Wir sprechen oft mit Behinderten und nehmen das Problem sehr ernst. In der Bundesrepublik gibt es nach Schätzungen – genaue Zahlen liegen immer noch nicht vor – etwa 4 bis 5 Millionen Behinderte. Die Behinderten werden an den Rand gedrängt und diffamiert.

Zu Randgruppenstatus, Diffamierung, Vorurteil und Ausbeutung kommt zusätzlich die körperliche oder geistige Behinderung. Verschärft wird diese Situation durch die Justiz wie z.B. durch

das skandalöse Frankfurter Behinderntenurteil vom 25.2.1980 (Ihr werdet davon sicherlich gehört haben).

Im „Jahr der Behinderten“ sprechen wir diese Wahrheiten besonders deutlich aus:

- 32 Prozent aller Arbeitslosen sind gesundheitlich beeinträchtigt;
- 77.000 Schwerbehinderte sind arbeitslos, diese Zahl steigt weiter an;
- die privaten und öffentlichen Unternehmen vernachlässigen weiter ihre Pflichtquote von 6 Prozent zur Beschäftigung Schwerbehinderter;
- es ist ein Skandal, daß sich die privaten und öffentlichen Unternehmen nach wie vor sogar mit Steuermitteln von der Beschäftigungspflicht freikaufen;
- die Unternehmer versuchen mit Klage vor dem Verwaltungsgericht Aachen, die Mittel aus der Ausgleichsabgabe zu blockieren und verstärken damit den Sozialabbau;
- es fehlen behindertengerechte Wohnungen;
- im Jahr der Behinderten werden die Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Behinderteter um 80 Prozent von der Bundesanstalt für Arbeit gekürzt.

Wir nehmen deshalb entschieden gegen Versuche Stellung, mit Sonntagsreden wie durch Auftritte von Politikern die tatsächliche Lage der Behinderten in unserem Land zu verschleiern. Die Behinderten brauchen kein Jahr

der Deklamationen, sondern echte Hilfe und Eingliederung in die Gesellschaft.

Wir fordern deshalb:

- Das Recht auf Ausbildung und Arbeit auch für die Behinderten
- Keine Modifizierung des Behindertenschutzes, sondern dessen Verstärkung
- Private und öffentliche Unternehmen müssen endlich die 6 prozentige Pflichtquote zur Beschäftigung Schwerbehinderter erfüllen
- Mehr Ausbildungsplätze und mehr technische Hilfen, besonders für junge Behinderte
- Die sofortige Zurücknahme der 80-prozentigen Mittelkürzung der Zuschüsse für die berufliche Eingliederung
- Verbesserung der finanziellen Hilfen
- Bereitstellung von preiswerten und behindertengerechten Wohnungen
- Verbesserung des Schwerbehindertengesetzes.

Wir meinen, behinderte und gesunde Menschen sollen gemeinsam lernen, gemeinsam arbeiten, gemeinsam wohnen, gemeinsam leben.

Entschuldigt bitte, wenn unsere Antwort etwas ausführlich geworden ist.

Vielleicht könnt Ihr in der Schule jetzt noch besser diskutieren.

Freundliche Grüße

Rudi Hechler

für die Stadtverordneten der DKP in Mörfelden-Walldorf



Eine Aktion der Bürgerinitiative, die zum Nachdenken anregte – man trug die Demokratie zu Grabe. Die Schalmeien-Kapelle aus Wiebelskirchen spielte während des ganzen Umzuges durch Mörfelden Trauermärsche. Auf dem Sarg stand: „Leben und Gesundheit, Ehre und Würde des Menschen sind unantastbar – Artikel 3, Hessische Verfassung.“

kurz notiert

Eure „Oktoberstage“ sind ein rundum gelungenes, wichtiges Buch, das ich mit großem Interesse gelesen habe, und immer wieder zur Hand nehme. Hätten wir nur mehr solcher beschriebenen Aktionen!

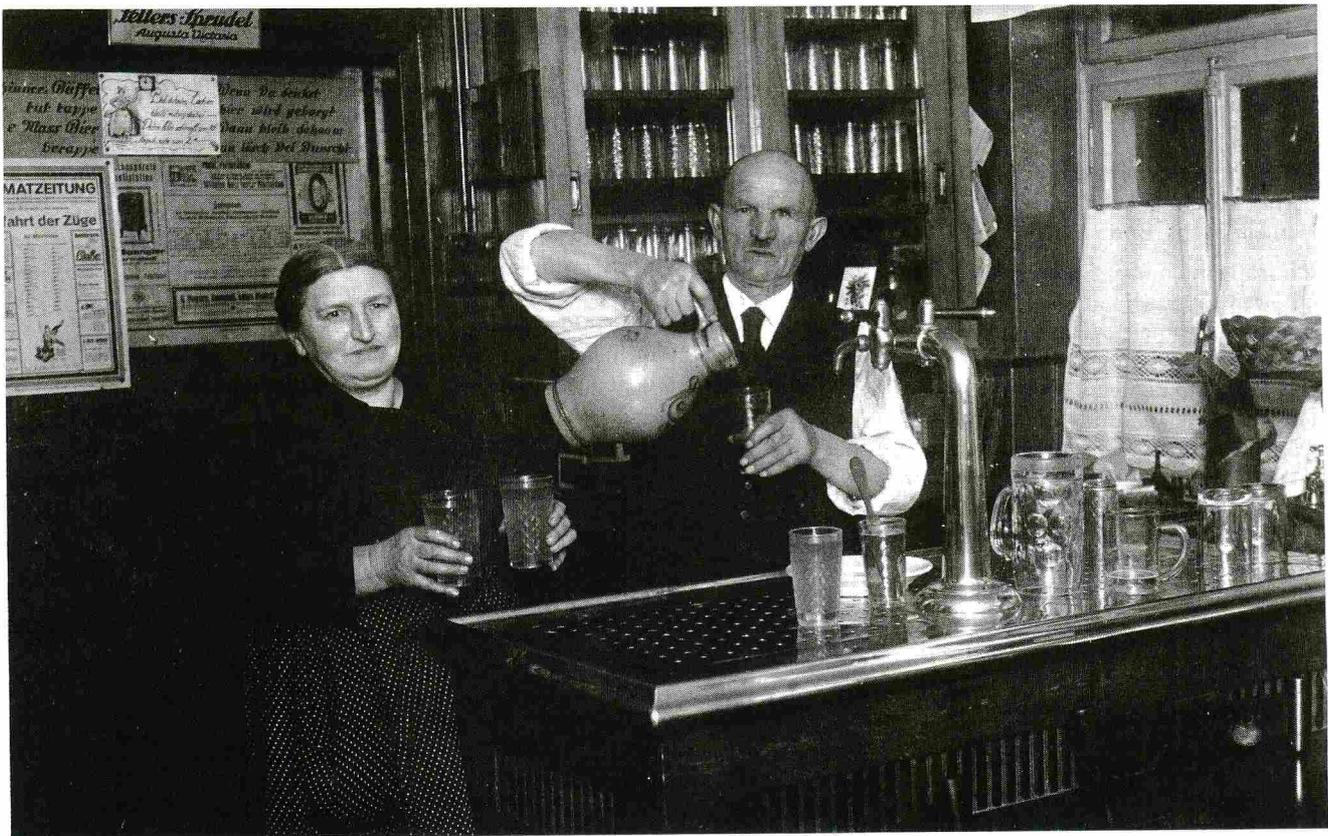
Franz Josef Degenhardt

Das neue „blickpunkt“-Buch „Oktoberstage“ wird ausserordentlich beachtet. Neben dem Brief des Liedermachers Franz Josef Degenhardt erreichten uns viele ähnliche Adressen. Dafür bedanken wir uns herzlich. Angesichts der vor uns stehenden Ereignisse um die Startbahn West erhält das Buch wachsende Bedeutung. Noch ist es zu haben. Bei den Buchhandlungen in Mörfelden-Walldorf und bei den Mitgliedern der DKP.

1. MAI '81

Die arbeitenden
Menschen erhielten
noch nie etwas
geschenkt.
Alles mußten sie sich
selbst erkämpfen.

Besucht die
Maikundgebung
im Bürgerhaus!



Mörfelden gestern

Die alten Wirtsleute des Gasthauses „Zum Löwen“ – die Mörfelder sagen heute noch „beim Kiefer“. Der Besitzer Jordan war Küfer, Bauer und Wirt. Es ist eine der ältesten Gasthäuser unserer Stadt und das Bild dürfte schon seine 50 Jahre alt sein. Es war eine „Eppelwoi“-Wirtschaft und so mancher ältere Mörfelder kehrte dort gerne abends zum Dämmer-schoppen ein.

Durch die günstige Lage an der Durchfahrtsstraße hielten werktags die Pferdefuhrwerke und die Fuhrleute nahmen dort ihr Vesper ein.

Die Gaststätte war auch schon sehr früh Vereinslokal. Bereits im Jahre 1919 wurde dort der Fußballverein „Die Löwen“ gegründet.